

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortlicher: Hermann Müller.
Druck u. Verlag von Neufeld & Henckels in Dresden.
Vollständig - Nummer 1058 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung (bei Haus 1,50 Mark, Postbezugsgeld für Monat Juli 3 Mark, Einzelnummer 18 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Zeilen berechnet; die einzeilige 30 mm breite Zeile 20 Pf., für auswärts 25 Pf., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Oberleitungsarbeiten 10 Pf., Zusam. Aufträge gegen Vorbezahlung.

Schriftleitung und Satzgeschäftsstelle
Marianenstr. 38/40.
Druck u. Verlag von Neufeld & Henckels in Dresden.
Vollständig - Nummer 1058 Dresden.

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck Adolf Mäler Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Verstärkte Unruhen in Tanger.

Wechsel im französischen Oberbefehl über die Marokko-Armee.

Die Krise der deutschen Landwirtschaft und der Industrie. - Neue Zeugenvernehmungen im Prozeß gegen Angerstein.

Vorsichtige Politik Englands in Tanger.

London, 7. Juli. England ist, wie hier erklärt wird, nicht geneigt, eine beläbende Antwort auf den spanischen Antrag zu stellen, Truppen in Tanger landen zu dürfen. Man nimmt in London an, daß Abd el Krim nicht so unflau sein werde, durch ein Vordringen in die von England garantierte Tangersonne sich noch die Feindschaft Englands zu ziehen. Andererseits befürchtet man, daß Abd el Krim die Landung von Truppen in Tanager als Bruch der Neutralität betrachten würde. Die Tanagerpolitik Englands läuft nach wie vor darauf hinaus, nicht in den marokkanischen Krieg einzugreifen.

Verstärkung der Polizeitruppen in Tanger.

Paris, 7. Juli. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Depesche aus Tanager, nach der der Kommandant des internationalen Polizeikorps, beunruhigt über die Nachrichten, daß ein Angriff gegen die internationale Zone für möglich gehalten werde, telegraphisch um Verstärkung der Polizeitruppe durch 7000 Mann gebeten habe. (wtb.)

General Naulin.

Der neue französische Oberbefehlshaber für Marokko. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 7. Juli. Gestern abend, 11 Uhr, empfing Painlevé die Vertreter der Presse und teilte ihnen mit, daß die Regierung den General Naulin, den Kommandierenden des 20. Armeekorps im Rheinlande, zum Oberkommandierenden in Marokko ernannt habe. General Naulin hat während des Krieges das 21. Armeekorps befehligt. Er diente fast zwei Jahre in Marokko, ein Jahr in Algier und einige Zeit in Syrien.

London, 7. Juli. Die „Daily Chronicle“ mitteilt, hat General Naulin mit dem ihm angebotenen Oberbefehl für Marokko mit der Begründung abgelehnt, daß Painlevé ihm nicht die Verstärkungen bewilligen wolle, die er für die erfolgreiche Kriegsführung als notwendig erachtete. (W. T. B.)

Eine Schlappe der Spanier.

Paris, 7. Juli. Davas veröffentlicht das offizielle Kommuniqué über die Lage an der spanischen Marokkofront. Danach hat der Feind im Verlaufe einer durch die Polizeitruppen ausgeführten Operation zwecks Verhinderung gewisser Punkte der spanischen Postlinie 10 Tote und Wunden zuzurechnen. Die Spanier hätten 35 Tote und Verwundete zu verzeichnen. Unter den Toten befinden sich vier Europäer. (W. T. B.)

Flucht europäischer Kaufleute aus Marokko.

Büch, 7. Juli. Der „Secolo“ meldet aus Tanager: Schwere Straßenunruhen haben zum Tode von zwei Europäern geführt. In Karasch und Melilla haben sich die Eingeborenen empört. In Ceuta sind in der Nacht die spanischen Wachen hinterläßt erschossen worden. Flüchtlinge verlassen die spanischen und französischen Kaufleute, unter Hinterlassung ihrer Waren und Besitztümer, Marokko.

General Feng an die Christenheit.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 7. Juli. Nach einer Meldung aus Peking hat General Feng einen Aufruf an die gesamte Christenheit gerichtet, in dem er u. a. erklärt: Warum bleibt Ihr den Erbschaften in China gegenüber gleichgültig? Die Missionare, die nach China kommen, führen nur den Namen Christen, ohne jedoch ihre Lehre durchzuführen. Wenn sich die Christen über die gegenwärtigen Verhältnisse in China nicht enträsten können, so verweigern sie damit ihre Religion und verdienen die Verachtung der ganzen Welt.

Weitere Ausdehnung des Streiks in Hongkong.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 7. Juli. Nach einer Meldung aus Peking hat sich die Streikbewegung in Hongkong weiter ausgedehnt. Es streiken jetzt auch die Mechaniker und Telegraphenangehörigen. In Schanghai wurde im Verlaufe eines Handgemachtes ein Chinese von einem amerikanischen Soldaten getötet.

Die Tragödie Abd el Krim.

Von Eduard Renkel,
Mitglied des Preussischen Landtags.
Der amtliche französische Propagandablenk und die französische Presse als das Sprachrohr der öffentlichen Meinung Frankreichs stehen wieder einmal auf der Höhe ihrer Verantwortung und zeigen sich ihren Aufgaben voll und ganz gewachsen. Das Bild der marokkanischen Wirren, oder besser: des marokkanischen Krieges wird der Welt, ganz wie es in den Jahren des großen Krieges geschah, so gezeichnet, wie die französischen Augen es sehen wollten. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß der Deutsche auch in bezug auf Marokko ohne die französische Brille sieht.

Nach den Schilderungen aus Paris hat übertriebener Freiheitsdrang und Fanatismus der Rifkämpfer die Franzosen in ihren verbrieften Rechten und in ihren vertraglichen Selbstbestimmungen angegriffen. Abd el Krim, beraubt von seinen Erfolgen über das schlappe spanische Kolonialheer unter der schlechten Führung des Diktators Primo de Rivera, habe die Fahne des Aufstandes in der toten Dornenrose erhoben, Afrika von Spaniern und Franzosen gänzlich befreien zu können. In Paris wurden die geheiligten Interessen der Republik und ihr Ansehen daraufhin für bedroht erklärt, und das Außerordentliche geschah, daß sich das gesamte, durch schroffe Parteigegegensätze gesplittete französische Parlament, mit Ausnahme der unentwegten Kommunisten, einmütig hinter die Regierung stellte und ihre Marokkopolitik billigte. Erst in diesen Tagen wieder, am 23. Juni, stimmten im Rahmen der Marokkodebatte 510 Mitglieder der französischen Kammer, also eine erdrückende Mehrheit für dasselbe Kabinett Painlevé, das sonst wegen seiner Innen- und Finanzpolitik stark angegriffen wird. Die Lage der Dinge in Marokko wird von der französischen Presse bemerkt als sehr ernst dargestellt, um im französischen Volk Sympathien für die Regierungspolitik zu wecken, und es fehlt natürlich auch nicht an den berühmten Greuelgeschichten und an den Legenden von der übermenschlichen Tapferkeit der Rifkämpfer, der nur der Mut der Soldaten der grands armées gewachsen ist. U. a. ist die Rede davon, daß die Rifkämpfer selbst einen geschnittenen französischen Uebermächtig grösste Schweregefechte bereiten, daß deutsche Offiziere sie organisiert haben und stündlich zu neuen Verhaftungen gegenüber französischen Gefangenen aufpassen, und daß ihre Erfolge undenkbar wären, wenn man nicht annehmen wolle, daß Frauen und Kinder mit in den Kampf gezogen sind. Auf Grund dieser Darstellung gewinnt die öffentliche Meinung der Welt aber ein schiefes Bild der wahren militärischen, politischen und wirtschaftlichen Lage in Marokko.

In Wahrheit liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Das Land der Rifkämpfer, das weder zum eigentlichen Hochgebirge der Spanier gehört, noch dem französischen Protektorat unterworfen ist, gilt, eingeschlossen von spanischen und französischen Besitzungen, als eines der an Naturschätzen reichsten marokkanischen Gebiete. Seit Jahren haben insbesondere amerikanische Unternehmer dieses Land bereist und wünschen seine reichen Bergwerke auszubenten. Es ist selbstverständlich, daß sie sich, um dieses Ziel zu erreichen, nach Paris und Madrid um politische und gegebenenfalls militärische Unterstützung gewandt haben. Wichtige Einbrüche der Spanier in das Gebiet der Rifkämpfer führten dann auch zum spanisch-marokkanischen Krieg und zur Vertreibung der Spanier aus dem Lande Abd el Krim. Französische Verleumdungen der Rifkämpfer haben nun, nachdem Abd el Krim mit den Spaniern abgerechnet hat, den französisch-marokkanischen Konflikt ausgelöst. Die Franzosen erhoben nämlich eines Tages im Frühjahr 1925, indem sie Truppen in Bewegung setzten, Anspruch auf das Gebiet von Beni Zeroual, das seit jeher in voller Unabhängigkeit zum Riflande gehört hatte. Und als Abd el Krim sich weigerte, dieses Land zurück zu räumen und abzutreten, da bewarfen französische Flieger das Gebiet mit Bomben, eröffneten die Feindschaften und der Krieg, von den Franzosen unwillig herbeigeführt, nicht von den Rifkämpfern, hatte begonnen.

Mit dem Mute der Verzweiflung verteidigt Abd el Krim die Freiheit seines Volkes. Daß es sich um einen Verzweiflungskampf handelt, ist leicht zu erkennen. Denn weder zahlenmäßig noch in technischer Hinsicht, weder organisatorisch noch überhaupt, ist die Schaar der tapferen Rifkämpfer der gewaltigen französischen Kriegsmaschine gewachsen. Deshalb ist es nicht richtig, von Erfolgen der Marokkaner zu sprechen. Sie haben hier und da gemischte französische Vorposten zurückgedrängt und haben vor allem vorerst das Kundschaft fertiggebracht, ihre eigenen Stellungen zu halten. Wer aber die marokkanische Kriegskarte betrachtet, der erkennt, daß die Schlappe, die Abd el Krim den Franzosen angehängt hat, nur geringfügige Scheinerfolge darstellt. Es ist, seit französische Tanks in den Kampf eingegriffen haben, gar nicht daran zu denken, daß es Abd el Krim gelingen könnte, Feind zu beleiden, das unmittelbar an der Front liegt, geschweige denn tiefer in das französische Marokko einzudringen. Es kommt hinzu, daß in Madrid am 22. Juni ein neuer bedeutender französisch-marokkanischer Vertrag unterzeichnet worden ist, der nicht nur ganz Marokko von neuem zwischen Spaniern und Franzosen aufteilt, sondern auch die Abmachung enthält, daß die spanische und französische Flotte das Rifgebiet gemeinsam durch eine strenge Hungerblockade gegen die übrige Welt abschließt.

Die Verschuldung der Landwirtschaft.

83 Prozent der Ernte 1924 für Verbindlichkeiten erforderlich.

Berlin, 7. Juli. Im deutschen Landwirtschaftsministerium berechnete Dr. Freilich die Gesamtverbindlichkeiten der Landwirtschaft im Jahre 1913 auf etwa 1,8 Milliarden Mark. Demgegenüber standen im Jahre 1913 eine Brotgetreidernte von rund vier Millionen Tonnen Weizen und rund 10 Millionen Tonnen Roggen im Werte von etwa 2,4 Milliarden Mark. Die fälligen Verbindlichkeiten im Jahre 1913 hätten also 54 Prozent des Wertes der Brotgetreidernte ausgemacht.

Heute sehe dieses Bild nun ganz erheblich anders aus. Die Landwirtschaft müsse damit rechnen, daß sie nach der Ernte rund 1,4 Milliarden Mark kurzfristige Verpflichtungen einschließen müsse. Dabei müsse aber noch hinzugezählt werden die langfristige wertbeständige Realverschuldung der Landwirtschaft bei den Hypothekendarlehen und Sparkassen, so daß sich der Betrag auf 1,8 Milliarden Mark Verbindlichkeiten, die nach der Ernte fällig werden, heben dürfte. Demgegenüber hat die Ernte von 1924 2,4 Millionen Tonnen Weizen und 5,7 Millionen Tonnen Roggen erbracht, mit einem Wert von 1,8 Milliarden Mark.

Die fälligen Schulden seien also gleich 83 Prozent des Wertes der Brotgetreidernte von 1924.

Wenn auch der Wert der Getreidernte von 1925 vielleicht etwas höher werden dürfte, so zeigten diese Zahlen aber doch zur Genüge, daß fast die gesamte Brotgetreidernte dazu dienen müsse, um die Landwirtschaft vor ihren fälligen Verbindlichkeiten zu befreien.

Die Landwirtschaftlichen Kampfzölle.

Professor Keroboe im Kararatschuh.
Berlin, 7. Juli. Der Kararatschuh des Reichstages sollte heute seine Beratung der Zollfrage im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Intensivität fort. Vor Eintritt in diese Beratungen gab ein Regierungsvertreter in vertraulicher Sitzung einen Überblick über die Frage, inwiefern bei den Handelsvertragsverhandlungen Getreidezölle Kompensationszölle sind. Für die eigentlichen zur Sprache stehenden Kapitel wurden wieder Fragen des deutsch-nationalen Abgeordneten Hrbr. v. Nitzthosen zurunde gelegt und daneben auch Fragen von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite.

Der bekannte landwirtschaftliche Betriebslehrer Professor Keroboe führte im allgemeinen zu diesem Thema aus, daß, wenn die ganze Welt freihändlerisch wäre, auch Deutschland

freihändlerisch sein müßte. Solange das aber nicht der Fall ist, werde man gewisse

Kampfzölle nicht entbehren können.

Wegen die gegenwärtige Zollvorlage müsse man sich aber wenden, weil sie die Intensivität der Landwirtschaft nicht nur nicht fördere, sondern hindere. Der Redner erläuterte das an einigen Beispielen. Eine allseitige steuerliche Belastung sei gegenwärtig für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ungünstig. Geschützt werden könnten die Produkte, die eine Steigerung der Intensivität auslösten. Die tierischen Erzeugnisse, Wolle, Fett und Fleisch, müßten mit einem ausreichenden Zoll versehen werden. Es würde dann die Viehzucht gehoben, weiter die Stallproduktion zum vermehrten Düngegenutz und der Bodenertrag erhöht. Die Dachsüchte, insbesondere die Kartoffeln, würden dadurch profitieren. Diese Kartoffelproduktion könnte nach und nach den Futtermittelimport einschränken. In der ersten Zeit wäre allerdings noch die Einfuhr von Kraftfuttermitteln erforderlich. Wenn der Staat subventionieren wolle, so solle er die Kartoffelzuckererzeugung fördern. Die Einfuhr von Kraftfuttermitteln müsse zurückbleiben.

Bei den Getreidezöllen sprach sich der Redner grundsätzlich für Kampfszölle aus. Die Förderung des Nachfrageres würde mehr zur Intensivierung der Landwirtschaft beitragen, als die des Getreideanbaues.

Rheinlandwirtschaft - deutsche Wirtschaft.

Berlin, 7. Juli. Geheimrat Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, gibt in längeren Ausführungen eine Darstellung der Wirtschaft im Rheinland und ihrer Bedeutung für das gesamte Deutschland. Zum Schluß heißt es in dem Vortrag:

Die Wirtschaft hat die Pflicht, auszusprechen, daß eine Fortdauer der über den Versailles Vertrag hinausgehenden Belastung einen unheilvollen Einfluß auf die Leistungsfähigkeit der schwer belasteten Industrie und damit auch auf die Durchführung des Dawes-Planes hat. Das Londoner Abkommen fordert vom Reich und von der deutschen Industrie unerhörte Leistungen. Die Sachverständigen haben für die Durchführung des Reparationsproblems die ungehinderte Betätigung der deutschen Wirtschaft zur Voraussetzung gemacht. Deutschland ist bisher pünktlich seinen Verpflichtungen nachgekommen. Aber auch die Gegner haben die Verpflichtungen ihres Vertrages (die Räumung der ersten Zone) eingehalten, um die Wirtschaft nicht neuen Erschütterungen aussetzen, wie das wieder durch die geforderte Vernichtung und Umleitung von Maschinen und Apparaten in der neuen Entwaffnungsnote geschieht. Im Rheinland liegt die Werkstatte des Reiches. Hier schlägt das Herz der deutschen Wirtschaft. (Z.-11.)